Halle, Mittwoch, den 15. Februar 1922
Nummer 67 ✣ 56. Jahrgang

Saale-Zeitung

Hallesche Neueste Nachrichten, Handelsblatt für Mitteldeutschland

Die Saale-Zeitung erscheint wöchentlich siebenmal und zwar als Frühblatt. Die Bezugsgebühr beträgt in Stadt und Land sowie durch die Post bei freier Zustellung monatlich M. 10.00, in den Ausgabestellen abgeholt M. 8.75 monatlich. Die achtgespaltene Anzeigen-Millimeter-Zeile kostet im Ortsverkehr M. 1.00, im auswärtigen Verkehr M. 1.30. Reklamen die Millimeter-Zeile M. 4.00 im Ortsverkehr und M. 5.00 im auswärtigen Verkehr. Anzeigen-Schluß: Vier Uhr nachmittags.

Geschäfts-Gebäude: Halle a. S., Neue Promenade 1a und Große Brauhausstraße 17. Fernsprecher-Sammelnummern 1140 und 1142. Stadt-Geschäftsstelle: Markt 24. Drahtanschrift: „Saalezeitung Hallesaale". Bankhaus Reinhold Steckner, Halle a. S. Postscheck-Konto: Leipzig 29315. Erfüllungsort und Gerichtsstand: Halle an der Saale. Bezugskündigungen sind nur bis zum 20. eines jeden Monats zum Schluß des laufenden Monats zulässig.

Auf Kosten Deutschlands!

Ein russisch-französisches Abkommen. — Rußland in völliger Abhängigkeit von Frankreich?

Paris, 15. Februar 1922.

Zwischen dem Vertreter der Sowjetregierung in Paris, Skobelew und der französischen Regierung ist ein französisch-russischer Vorvertrag zustandegekommen, in dem die Sowjetregierung die russischen Vorkriegs- und Kriegsschulden an Frankreich anerkennt. Dafür erkennt Frankreich die Sowjetregierung an und gewährt ihr für den Wiederaufbau Rußlands weitgehende wirtschaftliche Hilfe. Das Abkommen betrifft zwei Hauptgegenstände, einmal soll sich Rußland verpflichten, seine im Versailler Vertrag und der übrigen Entente ihm zugesicherten Rechte auf Wiederherstellungskonto (Reparationen) und was die Exekutive dieser Rechte anbelangt, an Frankreich abzutreten, und Frankreich sichert auf Grund dieser Rechte Rußland die Lieferung von Sachwerten in Höhe von 800 Millionen Goldfranken aus Deutschland zu.

Rußland ist damit in die Lage versetzt, ohne Ausfuhr von Gold oder Waren den größten Teil der Wiederaufbauarbeiten seines Landes auf Kosten Deutschlands zu leisten. Dafür aber erkennt Rußland im Grundsatz die Berechtigung der französischen Forderungen auf Bezahlung der Vorkriegs- und Kriegsschulden in Höhe von 20 Milliarden Goldfranken an. Das bedeutet, daß Rußland in vollkommene und politische Abhängigkeit von Frankreich gelangt und insofernessen Frankreich sich ein Prioritätsrecht auf alle von Rußland sich ergebenden Konzessionen sichern kann. Frankreich hat damit sich wirtschaftliche Vorrechte von einer Tragweite gesichert, wie es in der Welt einzig dasteht. Es hat für die Konferenz von Genua für sich eine Plattform geschaffen, die eine Beeinflussung der Weltpolitik durch Genua im Sinne eines allmählichen Ausgleiches der weltwirtschaftlichen Gegensätze des normalen Wiederaufbaues Europas und der Völkerversöhnung endgültig ausschaltet.

Die große Koalition.

Vertrauliche Besprechungen in der Reichskanzlei.

Wolffs Bureau verbreitet folgende Mitteilung: Dienstag vorm. fanden in der Reichskanzlei in Anwesenheit des Reichskanzlers Besprechungen der Führer der drei Regierungsparteien, des Zentrums, der Demokraten und der Sozialdemokraten mit den Führern der Deutschen Volkspartei statt. Die Verhandlungen waren vertraulich; jedoch glauben die Blätter mitteilen zu können, daß die Frage der großen Koalition erörtert worden ist.

Nach einer Meldung des sozialdemokratischen Parlamentsdienstes soll die Anregung zur Auflösung dieses Problems von den Demokraten ausgegangen sein. Laut Vorwärts soll sich die Deutsche Volkspartei dazu bereiterklärt haben, ihren Mißtrauensantrag zurückzuziehen, wenn die große Koalition verwirklicht werden sollte. Bei den Sozialdemokraten stoße allerdings der Gedanke einer Erweiterung der Regierungskoalition nach rechts nicht auf große Gegenliebe. Der Vorwärts spricht von einem nichtzulässigen Druck auf die sozialdemokratische Fraktion, der in wirksamer Weise abgewehrt werden müsse.

*

Berlin, 14. Februar. (Eigene Drahtnachricht.) **Die einzelnen Fraktionen des Reichstages werden heute abend ihren endgiltigen Beschluß hinsichtlich ihrer Haltung bei der morgigen Abstimmung über das Vertrauensvotum für die Reichsregierung fassen. Zur Stunde ist noch immer nicht alles geklärt. Man weiß nicht, welche Stimmenzahl der Vertrauensantrag der Regierungsparteien auf sich vereinigen wird. Daß man unbedingt eine Stimmenmehrheit zusammenbringen wird, glaubt man in parlamentarischen Kreisen als feststehend erachten zu können.**

Die Wirtschaftsbeihilfe für die Beamten.

Im Reichsfinanzministerium wurde unter dem Vorsitz des Ministerialdirektors von Schlieben die Besprechung mit den Spitzenorganisationen der Beamten über die Einführung von Wirtschaftsbeihilfen für die Beamten in Anlehnung an die den Arbeitern zu gewährenden Ueberteuerungszuschüsse fortgesetzt. Uebereinstimmung herrschte unter den Spitzenorganisationen darin, daß in den Orten, in denen die Arbeiter Ueberteuerungszuschüsse erhalten, den Beamten in engster Anlehnung an diese Zuschüsse Wirtschaftsbeihilfen unter Umrechnung von je 10 Pfg. Ueberteuerungszuschuß für die Stunde in einem jährlichen Beihilfenbetrag von 250 Mark gewährt werden sollen. Nachdem eine Reihe weiterer technischer Einzelfragen besprochen worden war, gab der Vorsitzende im Namen des Reichsministers für Finanzen die Versicherung ab, daß die Regierung Wert auf möglichst rasche Durchführung der Auszahlung der Wirtschaftsbeihilfe lege und ihrerseits alles dazu Erforderliche tun werde.

Für die Angestellten wird eine entsprechende Regelung getroffen werden.

Der sechste deutsche Kartoffeltag.

Der am Dienstag zusammengetretene und von über 1500 Kartoffelerzeugern besuchte sechste deutsche Kartoffeltag faßte einstimmig eine längere Entschließung, in der die Bereitwilligkeit ausgesprochen wird, die Versorgung der Bevölkerung dauernd zu gewährleisten, wenn die Eisenbahnverwaltung für ausreichende Wagengestellung sorgt, die Tarife für Frachten entsprechend umgestaltet und die Tarife für Düngemittel ermäßigt werden. Eine weitere Forderung ist die Beseitigung des Restes der Zwangswirtschaft und die Aufhebung der Wuchergesetze.

Bayern gegen die Schuldlüge.

Der Verfassungsausschuß des bayrischen Landtages befaßte sich am Montag mit einer Eingabe der Deutschen Arbeitsgemeinschaft für Wahrheit, Recht und Ehre, in der gefordert wird, die bayerische Regierung solle bei der Reichsregierung dafür eintreten, daß unverzüglich eine großzügige Propaganda zur Zerstörung der Lüge von der Schuld Deutschlands am Kriege unternommen werde. Der Regierungsvertreter erklärte, die bayerische Regierung stehe nach wie vor auf dem Standpunkt, daß die Zerstörung der Schuldlüge aus ethischen und aus politischen Gründen notwendig und ein entschlossenes Handeln geboten sei. Die rückhaltlose Veröffentlichung unseres Materials sei eine Forderung der Gerechtigkeit und eine der wichtigsten Aufgaben, der sich Deutschland nicht entziehen dürfe. Bayern beabsichtige auch weiterhin mit Nachdruck in dieser Richtung tätig zu sein.

Gegen die Stimmen der Unabhängigen und der Kommunisten bei Stimmenthaltung der Mehrheitssozialisten wurde schließlich ein Antrag angenommen, die Regierung möge bei der Reichsregierung dahin wirken, daß dem In- und Auslande, insbesondere den Ententeregierungen das authentische Material unterbreitet wird, das die im Versailler Vertrag aufgestellte Behauptung von der Schuld Deutschlands am Kriege zu zerstören vermag.

Eisners verhängnisvolle Politik.

Untersuchung der bayrischen Dokumente zum Kriegsausbruch.

Der vom bayrischen Landtag mit der Erforschung, Sammlung und Bearbeitung der bayrischen Dokumente zum Kriegsausbruch beauftragte Vorsitzende der demokratischen Landtagsfraktion, Staatsarchivar Dr. Dirr, hat die Sammlung der Dokumente beendet. Sämtliche Akten, Briefe und Aufzeichnungen der bayrischen Regierung wurden Dr. Dirr für diese Arbeit zugänglich gemacht, deren Ergebnis nun in zusammenhängender Darstellung als Februarheft der Süddeutschen Monatshefte vorliegt.

Den Ausgangspunkt der Feststellungen bilden die Enthüllungen, die der frühere bayrische Ministerpräsident Kurt Eisner am 23. November 1918 durch die offiziöse Korrespondenz Hoffmann verbreiten ließ. Dr. Dirr geht zunächst ein auf das Zusammenarbeiten Eisners mit Professor Foerster, dem von ihm ernannten bayrischen Gesandten in der Schweiz, mit dem bayrischen Finanzminister Jaffé und dem amerikanischen Pazifisten George D. Herron in Genf, der später zugab, mit Wilson nie in persönlichen Beziehungen gestanden zu haben, und sogar eine Bekanntschaft mit Jaffé in Abrede stellte. Alsdann stellt der Dirrsche Bericht Eisners Auszug aus den bayrischen Gesandtschaftsberichten den Originalen gegenüber und beleuchtet dann die Auswirkungen des Auszuges auf das Versailler Friedensdiktat. Die Gegenüberstellung ergibt, daß die Auslassungen und die Streichungen, die Eisner vorgenommen hat, den Zusammenhang und den Sinn der Dokumente wesentlich entstellen und Deutschland einseitig belasten.

Eisner glaubte, wie Dirr erklärt, durch eine rückhaltlose Dokumentierung der moralischen Schuld eine Verständigung mit den bisherigen Gegnern herbeiführen zu können. Das Versailler Diktat hat dann diesen politischen Optimismus grausam Lügen gestraft; stützte sich doch die Mantelnote vom 29. März 1919 u. a. auch auf die Eisnerschen Enthüllungen, um Deutschlands Schuld an dem Kriegsausbruch darzutun.

Genua.

Frankreich besteht auf Vertagung.

Wie die „Oeuvre" mitteilt, hat Poincaré das englische Auswärtige Amt wissen lassen, daß die Forderung, die Konferenz um drei Monate zu verschieben, das Maximum darstelle, was er als Vorbereitungszeit verlangt habe. Daraus dürfe man schließen, daß ein Kompromiß zustandekommen und daß die Eröffnung der Konferenz von Genua auf Mitte April verschoben werden wird.

Eine Sachverständigenkonferenz für Genua.

Die französische Regierung hat dem englischen Auswärtigen Amt mitteilen lassen, daß sie den Vorschlag annehme, der besagt, es möge eine Sachverständigenkonferenz für die Genueser Konferenz baldigst zusammentreten.

Französische Friedensschalmeien??

Ein Vorschlag zur Wiedergutmachung.

Aus Paris über Basel wird uns berichtet: Während die innere Krise des Kabinetts Wirth von aller Welt mit Spannung verfolgt wird, hat die Regierung Poincaré in der Wiedergutmachungsfrage einen Schritt vorwärts getan. Es handelt sich zwar zunächst nur um einen Artikel des bekannten Publizisten Pertinax im Echo de Paris. Da aber dieses Blatt bei dem neuen Kurs mehr als halbamtlich geworden ist, kann man ruhig annehmen, daß Poincaré hier den Souffleur spielt, indem er die Gelegenheit wahrnimmt, sich zu der letzten deutschen Note an die Wiedergutmachungskommission vom 28. Januar zu äußern.

Die deutsche Note kam, wie man sich wohl noch erinnert, zu dem Ergebnis, „daß es unbedingt erforderlich ist, Deutschland für längere Zeit, mindestens für das ganze Jahr 1922 von allen Reparationsleistungen zu befreien". Hier setzt nun Pertinax oder vielmehr der hinter ihm stehende Ministerpräsident ein, indem er darauf hinweist, er, Poincaré, habe ja schon sofort nach Uebernahme der Regierung erklärt, die Frage der Wiedergutmachung bestehe für ihn nicht einfach darin, festzusetzen, was Deutschland während des Jahres 1922 zu zahlen habe, sondern er betrachte nur noch das Problem als Ganzes: Was solle man überhaupt von Deutschland verlangen? In diesem „Dreh" liegt nichts anderes als ein maskierter Rückzug von den Wahnsinnsforderungen des Londoner Ultimatums. Und tatsächlich fügt auch Pertinax kleinlaut hinzu, das Ultimatum habe „den Tatsachen nicht standgehalten". Das ist doch allerlei, was man von französischer Seite bisher nicht erwartet hatte. Ja, das Echo de Paris spricht bereits ganz offen von neuen Verhandlungen, in denen die Zeit der deutschen Schuldverpflichtung möglichst abgekürzt und eine Mobilisierung der Schuld ersonnen werden müßte. Mangels eigener neuer Gedanken kommt Poincaré — er war in Finanzdingen nie originell — auf die Richtlinien des in Boulogne aufgestellten Planes zurück, nämlich Deutschland zu zwingen, seinen Bankdiskont in den nächsten Jahren auf 7—8 Proz. zu halten, ferner die erforderlichen Pfänder sicher zu stellen und endlich, die deutschen Schulden mit den Schulden der Alliierten untereinander in Verbindung zu bringen. Wie schon Lloyd George und Briand in Chequers ausrechneten, erhält das Reparationsproblem sofort ein ganz anderes Gesicht, wenn Amerika und England auf ihre Forderungen gegenüber Frankreich und Italien verzichten und die deutsche Schuld um diese Beträge verkürzt wird. Dazu käme noch, daß alle Gläubiger Deutschlands auf die Summe verzichten, die sie für Kriegspensionen in die Schadensrechnung eingeschrieben haben. Dieser Verzicht würde allerdings wie eine Erlösung wirken. Die Kriegsentschädigung wäre sofort auf ein Drittel des jetzt Geforderten zusammengeschrumpft.

Man traut seinen Augen nicht, aber es steht schwarz auf weiß geschrieben in diesem offiziösen Pariser Blatt, daß die deutsche Zahlung nach Abzug der alliierten Schulden und den Kriegspensionen auf einige 60 Milliarden herabgesetzt werden könnte. Freilich müsse dann, so heißt es weiter, diese reduzierte Schuld durch Umwandlung in eine internationale Anleihe, rasch mobil gemacht werden. Mit anderen Worten: Frankreich wäre nicht abgeneigt, sich mit einer Abfindungssumme von 60 Milliarden zu begnügen, wenn der internationale Kapitalmarkt und besonders Amerika bei dieser Transaktion zu Hilfe kommt.

Das sieht alles fabelhaft versöhnlich aus und aufbauwillig, aber leider hat die Durchführung des Vorschlages verschiedene Haken. Die englischen Sachverständigen sind, wie das Echo de Paris selbst zugibt, der Ansicht, daß die gedachte internationale Anleihe zunächst nur einen sehr mäßigen Erfolg haben würde, vielleicht nur 20 Millionen Pfund, 100 Millionen Dollar, 500 Millionen Schweizer Franken, 200 Millionen belgische Franken, 200 Millionen Lire usw. Frankreich müßte also in seinem dringenden Geldbedürfnis doch auf Einziehung der 20prozentigen Exportabgabe in ausländischen Devisen und auf den Sachleistungen des Wiesbadener Abkommens bestehen. Des Druckes, der Drohungen und lauernden Sanktionen wäre immer noch kein Ende. Und zweitens kann Poincaré die großmütige Streichung der Schulden bei England und Amerika wohl kaum durchsetzen, solange er deren großzügigen Plänen einer neuen Weltwirtschaft aus kleinlicher Angst vor Deutschlands Erstarkung widerstrebt.

Jeder Vorschlag, den er macht oder durch seine Presseleute machen läßt, erspart ihm nicht — Genua, um die Beteiligung an diesem großen Klärverfahren möchte Poincaré immer noch auf irgend eine Weise herumkommen. Erst wenn der Termin und die französische Beteiligung an der Konferenz von Genua feststehen, darf man Pariser Friedensschalmeien ernst nehmen.

Cl. N.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19220215017/fragment/page=0001

Französische Mobilisationskosten.

Der Finanzausschuß der französischen Kammer hatte sich auch mit den Kosten der Mobilisation der Jahresklasse 1919 in Höhe von 100 Millionen Francs zu befassen, die seinerzeit angeordnet worden war, um einen Druck auf die deutsche Regierung auszuüben, damit sie das Ultimatum vom 10. Mai 1921 annehme. Gegen die Absicht der französischen Regierung diese Ausgaben ins Budget aufzunehmen, dessen Rückerstattung Deutschland zufalle, haben aber einige Alliierte Widerspruch erhoben. Infolgedessen hat die französische Regierung diese Ausgaben auf das gewöhnliche Budget übernommen. **Der Finanzausschuß hat aber noch nicht zugestimmt und er scheint auch nach dem Motiv nicht entschlossen zu sein, dieser Maßnahme zuzustimmen.**

Widerspruch gegen das englische Sparprogramm.

Der Londoner Korrespondent des „Temps" brahtet: Die Admiräle, die den von Sir Geddes vorgelegten Ersparnisentwurf nicht billigten, seien bereit zurückzutreten, falls die Regierung für diesen Bericht eintreten sollte. Lloyd George sei in großer Verlegenheit. Einerseits wolle er das Sparsamkeitsprogramm von Geddes nicht opfern, anderseits wolle er die Demission der Admiralität nicht annehmen.

Englische Pläne für Tanger.

Im englischen Unterhause erklärt Harmsworth, die britische Regierung stehe seit einiger Zeit im Gedankenaustausch mit der französischen und spanischen Regierung über die Tangerfrage. Es sei zu hoffen, daß binnen kurzem eine Konferenz der drei Mächte zur Behandlung dieser Frage in London abgehalten werde. England sei nach wie vor dafür, Tanger und das angrenzende Gebiet unter eine Art internationaler Verwaltung zu stellen.

Russische Ansprüche aus der Blockade.

Warschau, 14. Febr. Aus Moskau wird gemeldet: Die Sowjetdelegation auf der Genueser Konferenz erhielt von ihrer Regierung Weisung, dort für die durch die Ententeblockade erlittenen Verluste Rußlands Entschädigungen zu fordern.

Das Reichsmietengesetz vor dem Reichstag.

(169. Sitzung.)

Präsident Loebe widmet dem verstorbenen Abgeordneten Konrad Haußmann einen herzlichen Nachruf. Er gedenkt der Tätigkeit des Verstorbenen als Vizepräsident der verfassungsgebenden Nationalversammlung und seiner dreißigjährigen Tätigkeit als Mitglied des Reichstages. In der Stunde, wo sein Leib den Flammen übergeben werde, ruhte der Reichstag seine Gedanken in die schwäbische Heimat des Verstorbenen. Vizepräsident Richter hat es übernommen, einen Kranz an seiner Bahre niederzulegen.

Das Haus tritt sodann in die Tagesordnung ein und erledigt eine Reihe kleiner Anfragen. Bemerkenswert ist lediglich eine Erklärung der Regierung, daß eine Festlandverbindung mit der Insel Sylt sich im Stadium der Vorarbeiten befinde. Es folgt die zweite Beratung des Reichsmietengesetzes. Die Deutschnationalen beantragen, den Gesetzentwurf abzulehnen.

Ministerialdirektor Ritter. Das Gesetz will den gesetzlichen Charakter der Wohnungsmieten festlegen, gegebenenfalls mit Hilfe der Mieteinigungsämter. Die Mieten sollen bestehen aus Grundmieten (Friedensmiete vom 1. Juli 1914.) und den Zuschlägen für Betriebs- und Verwaltungskosten, sowie für laufende Instandsetzungsarbeiten. Außerdem sollen Zuschläge für die sogenannten großen Instandsetzungsarbeiten, wie vollständige Erneuerung der Dächer, Abputz des Hauses erhoben werden. Die Bestimmungen im einzelnen hat die Oberste Landesbehörde, die auch anordnen kann, daß die Vermieter die Beitreibung der Zuschläge für die großen Instandsetzungsarbeiten übernehmen, sie könne jedoch auch im Exekutivwege der Gemeinden beigetrieben werden. Bei der Festsetzung der Zuschläge sind auch die Organisationen der Mieter und Vermieter zu hören. Die Kosten für Zentralheizung und Warmwasser sind gesondert von der Miete zu berechnen. Der Entwurf sieht Mietervertretungen der einzelnen Häuser und Mieterausschüsse vor. Das Gesetz soll am 1. April d. Js. in Kraft treten und zunächst vier Jahre gelten. Dr. Ritter erklärt weiter, es handle sich bei dem Gesetz um eine Sicherstellung des Hausbesitzers ohne den Mieter übermäßig zu belasten. Das Gesetz soll einen Mittelweg darstellen zwischen Zwangswirtschaftung des Hausbesitzers und der völlig freien Wirtschaft. Eine freie Mietpreisbildung, die die Miete übermäßig steigern würde, lehne die Regierung ab. Aenderungsseits müsse aber der Vermieter mehr als bisher geschützt werden und in die Lage kommen, die nötigen Arbeiten ausführen zu lassen.

Abg. Silberschmidt (S.) betont, daß dies Gesetz keineswegs eine Sozialisierung des Hausbesitzes bedeute, vielmehr ein kräftiger Schutz des Hausbesitzes sei. Er fährt fort: Wir stehen dem Entwurf im allgemeinen sympathisch gegenüber.

Abg. Gutsknecht (Dn.) lehnt das Gesetz ab, da es ein Ausnahmegesetz sei und derartige Kosten verursachen würde, daß es in sich selber zerfallen müßte. Der Zweck des Gesetzes sei die Sozialisierung des Wohnungsmarktes. Zudem bedeute der Entwurf eine Verfassungsänderung. Nur die freie Wirtschaft könnte der Wohnungsnot steuern. Der Gedanke des Gesetzes sei zwar gut, die Durchführung aber unmöglich.

Abg. Schlack (Ztr.). Das Gesetz beruht auf wirtschaftlichem Zwang. Dem Zerfall der Häuser muß vorgebeugt werden, sonst wäre ein großer Teil des nationalen Vermögens gefährdet. Weite Kreise des Hausbesitzes sind heute schon verarmt und können große Instandsetzungsarbeiten überhaupt nicht ausführen lassen. Einen großen neuen Beamtenstand lehnen auch wir ab. Eine höhere Grundmiete für gewerbliche Betriebe erscheint durchaus gerechtfertigt. Das Gesetz ist durchaus mittelstandsfreundlich und hat auch den Lebenszweck, das Handwerk mehr als bisher zu beschäftigen.

Nachdem Ministerialdirektor Dr. Ritter den Vorwurf der Verfassungswidrigkeit mit dem Satz: Eigentum verpflichtet! zurückgewiesen hat, bemerkt.

Abg. Dr. Beythien (D. Vpt.) der Grund für die Wohnungsnot sei darin zu suchen, daß während des Krieges und in der Nachkriegszeit eine Anschichtung der Mieten in die Gehaltsgruppen künstlich verhindert worden sei. Mit einem allmählichen Anpassen der Mietspreise wäre allen Seiten mehr gedient gewesen. Die Grundmieten müsse die angemessene Verzinsung des im Hause angelegten Kapitals ermöglichen. Eine andere sonstige Abschreibung enthalten Wohnbeihilfen nicht ins Gesetz aufgenommen, so sei der Entwurf für seine Partei unannehmbar.

Abg. Kuhnt (N. S.): Nur die Sozialisierung des Hausbesitzes kann die Wohnungsnot beheben. Redner begründet dann eine große Anzahl von Anträgen, wonach bei allen Instandsetzungen ein Einvernehmen zwischen Vermietern und Mietern hergestellt werden muß, und verlangt dann weitere Maßnahmen zum Schutze der Mieter. Bisher habe alles der Hausbesitzer in die Tasche gesteckt. Dem müsse Einhalt geboten. Seine Partei mache ihre endgültige Haltung von dem Ausgang der zweiten Sitzung abhängig.

Darauf wird die Weiterberatung auf Mittwoch nachmittag 2 Uhr vertagt. — Außerdem Abstimmung über Vertrauensvotum bezw. Mißtrauensvotum für die Regierung. — Schluß 6½ Uhr.

Zur Erschließung kommunaler Steuerquellen

Preußischer Landtag.

97. Sitzung.

Um 2 Uhr 20 Min. eröffnet Präsident Leinert die Sitzung mit der Mitteilung, daß der Aeltestenrat beschlossen habe, die auf den Eisenbahnerstreik bezüglichen kommunistischen Anträge von der Tagesordnung abzusetzen. Gegen den Widerspruch des Abg. Dr. Meyer (K.) beschließt das Haus nach dem Vorschlag des Aeltestenrates.

Abg. Schulz-Neukölln (K.) verliest eine kleine Anfrage, die sich gegen die Auslieferung der angeblichen Mörder des spanischen Ministerpräsidenten Dato richtet.

Ein Regierungsvertreter erklärt, eine abschließende Antwort auf die Frage sei noch nicht möglich, weil noch weitere Ermittlungen nötig seien. (Die Kommun. rufen: Ist das alles?)

Der Gesetzentwurf über die Vereinigung von Pyrmont mit Preußen wird dann in zweiter Beratung nach kurzer Debatte angenommen.

Es folgt die gemeinsame Beratung von Anträgen und großen Anfragen, die sich mit der Finanznot der Gemeinden und der Erschließung neuer kommunaler Steuerquellen beschäftigen.

Abg. Hirsch (S.) begründet die große Anfrage der Sozialdemokraten, die dafür eintritt, daß die Gemeinden den ihnen zustehenden Anteil aus der Reichseinkommensteuer sofort erhalten und daß durch eine Aenderung des Kommunalabgabengesetzes den Gemeinden die Erschließung neuer Steuerquellen ermöglicht wird.

Abg. Sprenger (Ztr.) begründet einen Zentrumsantrag, der eine Einwirkung auf die Reichsregierung in dem Sinne verlangt, daß bei der Beratung der Reichssteuergesetze den finanziellen Lebensnotwendigkeiten der Gemeinden Rechnung getragen werden müsse. Ebenso wie die Vorredner betont auch Sprenger, daß man den Gemeinden keine verschwenderische Finanzwirtschaft vorwerfen könne. Die Hauptlast der Kriegswirtschaft hätten die Gemeinden tragen müssen. Wenn diesen nicht neue Einnahmequellen erschlossen würden, dann sei eine Katastrophe der Gemeinden finanziell unvermeidlich.

Abg. Marcell (Dn.) führt die Finanznot der Gemeinden auf die Erzbergersche Finanzreform zurück. Die laufende Reichseinkommensteuer ist bereits ein Eingriff in die Vermögenssubstanz. Es genügt aber nicht, daß alle Parteien jetzt die Not der Gemeinden erkennen. Sie müssen den Mut haben, sie gemeinsam abzuwenden. Die neue Steuerordnung müsse schleunigst vorgelegt werden. Die Steuern aus den Grundvermögen müßten den Gemeinden zugutekommen. Dann müsse aber auch dem Grundbesitz volle Freiheit gewährt werden.

Um ½6 Uhr wird die Weiterberatung auf Mittwoch 12 Uhr vertagt.

Deutsches Reich.

Dem preußischen Landtag ist ein Gesetzentwurf zugegangen, durch den die Staatsregierung ermächtigt werden soll, für den Ausbau der durch die Main-Kanalisierung entstehenden Staustufen bei Mainkur, Kesselstadt und Großkrotzenburg zur Gewinnung elektrischer Energie weitere Mittel aufzuwenden. Zur Deckung der Mehrkosten der im Bau befindlichen Anlagen sind 44 Millionen Mark erforderlich.

Erzbergers Mörder in Budapest? Nach einer Meldung Berliner Blätter sind Schulz und Tillessen in Budapest eingetroffen, wo sie sich insbesondere des Schutzes der „erwachenden Ungarn" erfreuen sollen. Die Identität beider Persönlichkeiten scheint außer jedem Zweifel zu stehen. In Budapest sei ihre Anwesenheit ein offenes Geheimnis.

Zu Conrad Haußmanns Ableben. Das Beileid der Deutschdemokratischen Partei und der Fraktion kommt in folgender Depesche an Frau Rechtsanwalt Haußmann zum Ausdruck: „In tiefer Trauer stehen Partei und Reichstagsfraktion an Ihrer Bahre eines feurigen, treuen Kämpfers für das Gute, Edle und Große. Furchtlos und treu nach dem Wahlspruch seiner schönen schwäbischen Heimat hat er für die Ideale nationaler Demokratie gekämpft. In ihm verkörperte sich die Eigenart eines aufrechten Stammes und das Erbe einer durch beste Bürgertugenden ausgezeichneten Familie; der tapfere bis in den Tod getreue Mann wird uns unvergeßlich und vorbildlich bleiben. Mit dem Ausdruck tief empfundener Trauer Petersen, Vorsitzender der Deutschdemokratischen Partei und der Reichstagsfraktion."

Auslands-Rundschau.

Minister-Mord in Finnland.

Helsingfors, 14. Febr. Heute nachmittag wurden auf den Minister des Innern Ritavuori drei Revolverschüsse abgegeben, als er vor seiner Wohnung aus dem Automobil stieg. Er erlag auf dem Wege zum Krankenhause seinen Verletzungen. Der Mörder wurde verhaftet.

Greuel der russischen Hungersnot.

Moskau, 14. Febr. Im Derbatschewer Kreis (Gouvernement Saratow) ist die Hungerkatastrophe besonders groß. Alle Vorräte, Strohdächer, Hunde, Katzen und Ratten sind längst aufgezehrt. Es mehren sich Raub und Mord. Man stiehlt Kinder und schlachtet sie. Nachts werden die Leichen der Verstorbenen ausgegraben, um als Nahrung zu dienen.

Berliner Uraufführungen.

Wollte man den Berliner Theaterdirektoren Glauben schenken, so muß man es als erwiesen annehmen, daß es in Deutschland auf dem Gebiete des Dramas und der Komödie nichts gibt, das einer Aufführung wert erscheint. Eine Zeitlang haben sich die Herren damit geholfen, daß sie französische Ware importierten, nicht gerade literarisch und auch nicht immer einwandfrei, aber immerhin genügend, um das gewisse Publikum, das sich heutzutage ein- bis dreihundert Mark für einen Theaterbesuch leisten kann, zu befriedigen. Man kann der Berliner Theaterkritik dabei nicht den Tadel versagen, daß sie derartige Stücke, die rein geschäftlich zu betrachten sind, sozusagen kritisch-künstlerisch zu würdigen versucht, ja sich sogar zu eingehenden Besprechungen herbeiließ, was natürlich die Achtung vor der zünftigen Kritik bei dem großen Publikum, das immerhin noch instinktiv fühlt, was Bowel und Kunst ist, noch mehr als bisher heruntersetzte. Denn, um es einmal frei herauszusagen, wer liest denn eigentlich heute noch die Theaterbesprechungen? Der Autor, der Direktor, die Schauspieler und gelegentlich mal auch ein gewöhnlicher Zeitungsleser, wenn er sehr viel Zeit hat und weiter nichts Interessantes in seinem Blatte findet. Das Publikum ist zweifellos an den theatralischen Darbietungen desinteressiert. Wenn die Kritik es sich angelegen sein ließe, den üblichen nur für Schieber und Koketten bestimmten Bühnenunsinn einfach totzuschweigen, würde sie sich zweifellos ein größeres Verdienst erringen, als wenn sie sich in breitspurigen, unnötigen Besprechungen erginge.

Um nun zu den Sensationen der letzten Tage zu kommen: Die Direktoren Meinhardt und Bernauer, die ebenfalls der Meinung zu sein scheinen, daß in der deutschen Dramenliteratur nichts Passendes zu finden sei, haben, um einem lange gehegten Bedürfnisse Rechnung zu tragen", selbst in fleißiger Kompagnietarbeit ein Stück verfaßt, eigentlich kein Stück, sondern mehr eine Pantomime, einen Film — und weil heutzutage Pantomimen und Filme mit besonderer Vorliebe nach gewissen bewährten Ideen fabriziert werden, so machen sie sich an den guten Th. Hoffmann heran, rissen einige Fetzen aus seiner Biographie heraus, aus der „Kreisleriana" und aus den „Elexieren des Teufels", gaben dem ganzen Machwerk den Titel „Kreisleriana" und kargten natürlich nicht auch mit etlichen Untertiteln, die die einzelnen Szenen bezeichnen. Wochen vorher wurde große Reklame geschlagen, man mauschelte von einer fabelhaften Sensation, wohin man ging und hörte, erfuhr man, daß etwas Unerhörtes im Werke sei und siehe da — die Erstaufführung brachte eine höchst unangenehme Enttäuschung. Die bunte Szenenfolge stellt sich als eine rein äußerliche heraus und von der Hoffmannschen Zauberkraft verspürt man auch nicht einen Hauch. Zwar wird mit etlichen szenischen Wundern jongliert, mit Farbenreizen, Ueberraschungen und Lichteffekten, die ganze Bühne ist gleichsam der Höhe und Breite nach in Felder geteilt, deren jedes durch Verdunkelung des übrigen Raumes ein Spektakulum bilden kann — aber dies alles ist so blutwenig, so dürftig, so bewußt unbewußt, daß es sich erübrigt, ausführlicher darüber zu sprechen, zögleich erstklassige Darsteller, wie Abel und Hartau, zur Verfügung standen, die aber bei der Wortdürre des ganzen Stückes nicht viel zu sagen hatten und ihre besten Kräfte unnütz verpufften. Zu diesem phantastischen Melodrama hat E. N. von Reznicek eine anmutige und schöne Musik geschrieben, über deren Qualitäten mir aber kein Urteil zusteht.

Im „Neuen Theater am Zoo" haben die Direktoren zwar einen aufführbaren Dramatiker entdeckt, aber natürlich keinen deutschen, sondern einen waschechten Rumänen namens Alexander Dominic, der sich mit seinem Drama „Schattensymphonie" dem Berliner Publikum zum ersten Mal vorstellte. Zweifellos eine Begabung, die vor dreißig oder vierzig Jahren durch die bühnenwirksame Art der Szenenfolge Aufsehen erregt hätte. Aber leider sind indessen schon ein Ibsen und ein Strindberg und verschiedene französische Dramenautoren aufgetreten, die dem armen rumänischen Dichter in geradezu unverantwortlicher Weise die Zähne abgeschlagen haben. Aber nichts destoweniger liegt unbedingt eine Begabung vor. Es handelt sich um ein Künstlerdrama, das zwar in Bukarest spielt, aber gerade so gut auch in den Himmel verlegt werden kann. Ein erblindeter Komponist, an dessen Genie seine Freunde fest glauben, erfüllt sein ganzes Dasein mit seiner Musik. Er schreibt die Schattensymphonie, den musikalischen Abglanz der Liebe zu seiner Frau. Aber seine Gattin, in deren Adern weniger Noten und mehr triebhaftes Blut pulsiert, nimmt einen reichen Schieber zum Geliebten, der dafür dem Komponisten in diskreter Weise die Sorgen des Alltags abnimmt. Natürlich kommt der blinde Tonsetzer eines Tages auf die Untreue seiner Frau, eine Tochter erschießt sich aus nicht völlig begreiflichen Gründen, ein räsonnierender Dichter, von einem entzückenden Frauenhaß beseelt, prägt etliche Aphorismen über das weibliche Geschlecht im allgemeinen und besonderen, und schließlich zerreißt der schwergetäuschte blinde Künstler und Ehemann sein großes Werk „Die Schattensymphonie". Also das Problem: Weib und Kunst usw. Der Aufführung verschrieb sich der bekannte Filmmimiker Conrad Veidt als blinder Komponist. Er machte seine Sache gut, so gut, als stünde er vor der Filmkamera und nicht vor dem Soufleurkasten. Heinz Goldberg führte die Regie, indem er das Wesentliche hervorstrich und das Unwesentliche ebenso deutlich betonte. Die deutsche Bühnenbearbeitung stammt von Max Hochdorf, aber man hätte von diesem hervorragenden Literaten und Theaterfachmann doch etwas Ausgefeilteres erwartet.

Ansonsten wird in den Berliner Theatern merkwürdig viel getanzt und Kino gespielt, wenn sie es auch selbstbewußt Pantomime nennen. So in den Kammerspielen des Deutschen Theaters, so auch im großen Schauspielhaus, wo sich ein schwedisches Ballett etabliert hat und natürlich ausverkaufte Häuser erzielt. Wie überhaupt die ganze Kunst sich jetzt mehr auf die Beine und Beinchen erstreckt und von Kopf und Seele nicht mehr viel wissen will. Ein gründlicher Zusammenbruch wäre das Einzige, was man bei diesem wüsten Durcheinander von Kunst und Varietee im Interesse einer besseren Wiedergeburt erwünschen könnte. Es steht sehr traurig um uns, sehr traurig. Und dabei gibt es noch Leute, die diesen ganzen Klimbim ernst nehmen und sogar einige hundert Mark dafür ausgeben.

Georg Strelisker.

Harry Kahns Komödie „Der Ring", die im Kleinen Schauspielhaus in Berlin gespielt wird, ist zur Aufführung für Skandinavien und Holland erworben worden.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19220215017/fragment/page=0002